

Kommentar: Ein Budget verpaßter Chancen

von Bharat Jhunjunwala

Wenige Wochen nach der Übernahme seiner Amtsgeschäfte als neuer Finanzminister hat P. Chidambaram den neuen Haushalt vorgelegt. Mit Spannung wurde erwartet, wie er die von seinem Vorgänger eingeleitete Liberalisierung und Globalisierung der indischen Wirtschaft fortführen und welche Akzente das neue Budget hierzu setzen würde. Der neue Haushalt legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere auf ausländische Direktinvestitionen. Seine Schwächen liegen jedoch bei binnenwirtschaftlichen Faktoren wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Armutsbekämpfung und Sparmaßnahmen. Unglücklicherweise setzt die neue Regierung allein auf die Außenwirtschaft, obwohl doch die Erfahrung weltweit gezeigt hat, daß Liberalisierung, wenn überhaupt, nur unter Bedingungen politischer Stabilität funktionieren kann - und die hängt vor allem ab von der Wahrung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit und nicht nur derjenigen der Eliten. Das Ergebnis dieses Haushaltes wird in einer Art Sackgasse enden: Die heimische Industrie wird kaum ihre Trägheit überwinden und ausländische Investitionen werden weiterhin alles andere als eine unbedeutende Rolle spielen.

Das Finanzministerium hat indischen Unternehmen erlaubt, nicht-stimmfähige Aktien auszugeben und beugt damit deren Befürchtungen vor, sie könnten von ausländischen Unternehmen übernommen und dominiert werden. Ausländische Portfolioinvestitionen sind erleichtert worden, und die Strukturen der 'Behörde zur Förderung von Auslandsinvestitionen', die für die Genehmigung von ausländischen Direktinvestitionen zuständig ist, wurden transparenter gemacht. Weit davon entfernt, revolutionär zu sein, werden sich diese Änderungen positiv auf ausländische Direktinvestitionen auswirken.

Doch werden Investitionen aus dem Ausland nur dann in größeren Mengen fließen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Indien stimmen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, daß auch den Bedürfnissen der ärmeren Bevölkerungsschichten Rechnung getragen wird, ohne dadurch jedoch wirtschaftliches Wachstum einzuschränken. Dies jedoch ist dem Finanzminister nicht gelungen. An Beispielen wie Beschäftigungsentwicklung, Sozial- und Wohlfahrtsprogrammen und ähnlichem, läßt sich dieses Versäumnis des Finanzministers belegen. Nach Regierungsangaben wurden allein im Wirtschaftsjahr 1995/96 insgesamt 7,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Doch all diese neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden in der sogenannten Kleinindustrie. Großindustrie und damit ausländische Direktinvestitionen haben zumindest direkt nicht einen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Es könnte also erwartet werden, daß der Finanzminister solchen klein- und mittelständischen Unternehmen besondere Aufmerksamkeit widmet, angesichts ihrer Bedeutungslosigkeit für die Beschäftigungssituation die Großunternehmen und ausländische Kapitalinvestitionen jedoch eher vernachlässigt.

Kleine Betriebe und Unternehmen leiden vor allem unter der Schwierigkeit, von den Banken Betriebskapi-

tal zu erhalten, unter Myriaden von staatlichen Regulierungen und hohen Steuersätzen. Bankkredite an solche Unternehmen sind in den vergangenen vier Jahren stark zurückgegangen. Banken können von diesen Wirtschaftsbereichen nur vergleichsweise geringe Zinssätze für Kredite fordern, wodurch ihre Profite geschmälert werden. Sie haben daher die Vergabe von Krediten an Unternehmen aus diesen Bereichen stark eingeschränkt. Der Finanzminister ignoriert dieses Problem. Sein einziges Ziel liegt darin, die Gewinne der staatlichen Banken zu erhöhen, bzw. diese Banken überhaupt in die Gewinnzone zu bringen. Dies bedeutet einen Rückgang der Kreditvergabe an arbeitsintensive Betriebe und Unternehmen. Darüber hinaus hat er keinen Schritt zu einem Abbau der unzähligen Regulationen und Restriktionen, denen Kleinunternehmen ausgesetzt sind, unternommen.

Die Sozialprogramme der Regierung sind eine schwere Belastung für die Staatsfinanzen. Sie machen beinahe 30 Prozent der Staatsausgaben aus. Dadurch wird die Regierung gezwungen, das nationale Vermögen konsumptiv zu verwenden, anstatt es für produktive Investitionen zu nutzen.

Doch es gibt Wege und Möglichkeiten, der breiten Bevölkerung Unterstützung zu bieten, ohne dafür die Ausgaben zu erhöhen. Deutlich wird dies am Beispiel des öffentlichen Verteilungssystems (Public Distribution System - PDS), über das der Bevölkerung ermöglicht wird, Grundnahrungsmittel zu subventionierten Preisen zu beziehen. Dazu sind die Bauern gezwungen, ihre Produkte weit unter dem tatsächlichen Marktwert an die Regierung und knapp unter den aktuellen Marktpreisen an die Konsumenten zu verkaufen. Ein großer Teil der staatlichen Subventionen wird hierfür verbraucht und der Finanzminister hat dieses System noch gestärkt. Das PDS soll nun zielgerichtet auf die Armen ausgerichtet werden. Im Klartext: Die Armen werden die zuständigen Beamten bezahlen müssen, um sich als Anspruchsberechtigte registrieren zu lassen; und die Reichen werden bezahlen, damit ihre Namen nicht aus diesen Listen gestrichen werden! Notwendig ist jedoch eine völlig neue Lösung. Den Armen und Bedürftigen muß Hilfe und Unterstützung gewährt werden, doch sollte damit nicht die bürokratische, öffentliche Verwaltung beauftragt werden. Güter des täglichen Bedarfs, für welche die Armen den größten Teil ihrer Ausgaben verwenden, sollten von der Mehrwert- und anderen Steuern befreit werden. Die Armen könnten ihre Ausgaben reduzieren, ohne daß die Beamten an ihnen ein Vermögen verdienen.

Das gleiche gilt für eine Vielzahl weiterer Regierungsprogramme zur Reduzierung der Armut. Hier hat der neue Haushalt eine Vielzahl von Chancen verpaßt. So wird sich an der gegenwärtigen Lage kaum etwas ändern, und der neue Haushalt deutet an: Business as usual.

(Dr. Bharat Jhunjunwala ist Wirtschaftswissenschaftler und Autor beim alternativen Journalistennetzwerk 'Charkha', New Delhi, mit dem das Südasienbüro zusammenarbeitet)